

Green Deal: Folgenabschätzung für eine zukunftsfitte Land- & Forstwirtschaft gefordert!

Im Mai 2020 hat die Europäische Kommission den „Green Deal“ bestehend aus mehreren Einzelstrategien vorgelegt. Die Farm to Fork- und die Biodiversitätsstrategie enthalten Zielformulierungen für die Land- und Forstwirtschaft und sollen auf gemeinschaftlicher Ebene Lösungsansätze für einen besseren Klimaschutz, eine höhere biologische Vielfalt, eine nachhaltigere Wertschöpfungskette bei Lebensmitteln und eine produktive europäische Landwirtschaft entwickeln.

Auch wenn die unterzeichnenden Verbände diese thematische Neuausrichtung der europäischen Politik mittragen, wird festgehalten, dass die österreichische Land- und Forstwirtschaft in vielen Bereichen bereits höhere Standards umsetzt und seit vielen Jahren multifunktionale Zielsetzungen verfolgt. Dementsprechend bedeutet der Status quo der nachhaltig produzierenden Land- und Forstwirtschaft in Österreich schon heute

- die Ausrichtung des Förderregimes an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, der Biodiversität sowie des Boden- und Umweltschutzes;
- eine klare Schwerpunktsetzung in der ländlichen Entwicklung;
- die Entwicklung der Kulturlandschaft sowie die Pflege des Landschaftsbildes;
- die Versorgung der Gesellschaft mit nachhaltig produzierten, biogenen Rohstoffen zur stofflichen und energetischen Nutzung;
- sowie schließlich einen Anteil von 25% Biolandwirtschaft.

Gleichzeitig gewährleistet die heimische Land- und Forstwirtschaft in vielen Sparten ein hohes Maß an Eigenversorgung und trägt entscheidend zur Krisenresilienz unseres Landes bei. Um diesen Anspruch auch weiterhin erfüllen und nachhaltig wirtschaften zu können, benötigen die Land- und Forstwirtschaft Flexibilität in den Produktionsbedingungen sowie eine ausreichende Auswahl an Möglichkeiten und Betriebsmitteln. Die Politik ist gefordert, den dafür notwendigen Rahmen zu gewährleisten und sich dabei auch an den Anforderungen und Aufgaben der landwirtschaftlichen Produktion zu orientieren. Zu bedenken ist, dass die großflächige Stilllegung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen eine direkte Kürzung des Produktionspotenzials darstellt und damit eine Senkung der Eigenversorgung und der Einkommen zur Folge hat.

Die Inhalte der Farm to Fork- und der Biodiversitätsstrategie der EU-Kommission betreffen keineswegs nur die Land- und Forstwirtschaft, sondern stehen in direktem Zusammenhang mit allen Unternehmen der Wertschöpfungskette, die von diesen Veränderungen unmittelbar betroffen sind. Diese Unternehmen sichern eine Vielzahl an Arbeitsplätzen in Europa und sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist durch ihre Kleinstrukturiertheit und durch bäuerliche und familiengeführte Betriebe gekennzeichnet. Von den Landwirtinnen und Landwirten sind laufend neue und steigende Anforderungen durch wettbewerbswirksame Auflagen zu bewältigen. Hinzu kommen zusätzliche Vorgaben durch die Farm to Fork- und die Biodiversitätsstrategie sowie die Auswirkungen des Klimawandels. Für diese komplexen Herausforderungen braucht es einen Mix aus innovativen Bewirtschaftungsverfahren, digitalen und technologischen Lösungen sowie effizienten Betriebsmitteln. Es braucht eine Agrarpolitik der Chancen, der Innovation und des Möglichmachens sowie Ideen für eine zukunftsfitte europäische Land- und Forstwirtschaft, die ihren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leistet.

„Schützen durch nützen“ - Die unterzeichnenden Verbände fordern:

1. eine zukunftsorientierte Strategie mit nachhaltigen strategischen Zielen für die Land- und Forstwirtschaft, die die aktuelle Situation und das bereits erreichte Ausgangsniveau berücksichtigt und ein gerechtes Einkommen der Primärerzeuger sichert
2. umfassende, ressortübergreifende und wissenschaftlich fundierte ex ante-Folgenabschätzungen zur EU-Biodiversitäts- und Farm to Fork-Strategie sowie zur nationalen Biodiversitätsstrategie 2030, die hinsichtlich der Berechnung der Zielvorgaben, der Referenzwerte und der Bezugszeiträume transparent sind
3. wissenschaftlich fundierte Gesetzgebungsvorschläge und Maßnahmen, die für die Praxis maßgeschneidert, differenziert, zielgerichtet und umsetzbar sein müssen
4. die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf den Agrar- und Lebensmittelmärkten
5. die Förderung eines verantwortungsvollen Einsatzes von vielfältigen Produktions- und Betriebsmitteln, um eine nachhaltige Produktion sicherzustellen
6. die Förderung von Forschung und Entwicklung von Anbaumethoden und Sorten zur Bewältigung der Klimakrise
7. die Entwicklung von Modellen für die Integration von Technologie und Digitalisierung in die land- und forstwirtschaftliche Produktion

Zu den genannten Punkten stehen die Verbände jederzeit für einen konstruktiven Dialog bereit.

Unterzeichner:



Landwirtschaftskammer Österreich, Präsident Josef Moosbrugger

Die Rübenbauern

Die Rübenbauern, Präsident DI Ernst Karpfinger



Vereinigung Österreichischer Stärkekartoffelproduzenten (VÖSK), Obmann Gerhard Bayer



Interessengemeinschaft Erdäpfelbau (IGE), Obmann Franz Wanzenböck



Bundesgemüsebauverband Österreich, (BGV) Präsident Thomas Blatt



AMC Austria (Interessensvertretung der österr. Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse e.V.), Obmann Ing. Josef Peck, MBA



Bundes-Obstbauverband Österreichs (BOV), Präsident Rupert Gsöls



Österreichischer Weinbauverband

Johannes Schmuckenschlager

Österreichischer Weinbauverband, Präsident Abg. z. NR Johannes Schmuckenschlager



Ulli Jezik-Osterbauer

Bundesverband der Österreichischen Gärtner, Präsidentin Ulli Jezik-Osterbauer



Josef Fradler

Nachhaltige Tierhaltung Österreich (NTÖ), Obmann Josef Fradler



Christian Angerer

Maschinenring Österreich, Bundesobmann Christian Angerer



Rudolf Rosenstatter

Waldverband Österreich, Obmann ÖkR Rudolf Rosenstatter



Christian Stockmar

Industriegruppe Pflanzenschutz (IGP), Obmann DI Dr. Christian Stockmar



Sylvia Hofinger

Fachverband der chemischen Industrie Österreichs (FCIO), GF Mag. Sylvia Hofinger